



Info Dienst Nr. 05 / 18.03.2011

Liebe Leserin,
lieber Leser,

seit vergangendem Freitag begleiten uns die erschütternden Bilder aus Japan. Das Erdbeben und der anschließende Tsunami haben eine unglaubliche Verwüstung, die mit jedem Tag deutlicher wird, hinterlassen. Tausende Menschen haben den Tod gefunden und werden vermisst. Zu dieser Naturkatastrophe kommt nun die Angst vor einer atomaren Katastrophe.

In diesen schweren Tagen erklärt sich ganz Deutschland solidarisch mit dem japanischen Volk. Überall im Land werden Mahnwachen abgehalten, und die Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Besonders betroffen macht viele Menschen, dass ein so hoch entwickeltes und industrialisiertes Land wie Japan fast schon hilflos vor dieser Katastrophe steht. Welche Rückschlüsse lässt dies für Deutschland und unser Handeln zu? Ist es zu nicht vermessen zu glauben, die Natur oder die Atomenergie seien in Deutschland beherrschbarer als anderswo? Können wir in Deutschland immer alle Möglichkeiten vorhersehen und einplanen?

25 Jahre nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl müssen wir endlich konsequent und ehrlich das Ende des Atomzeitalters einläuten – und nicht nur für drei Monate. Die Energiewende ist möglich. Die Bundesregierung bestätigt plötzlich, was sie vor ein paar Tagen noch vehement abgestritten hat: Die Atomkraftwerke sind unsicher, wir sind nicht von der Atomenergie abhängig, und der Ausbau der erneuerbaren Energien kann beschleunigt werden.

Das Ziel muss sein, eine sichere, zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung für zukünftige Generationen zu schaffen.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Die Lage in Japan nach dem Erdbeben und dem Tsunami
2. Atomunfall in Japan und das Ende der Atomkraft in Deutschland
3. Umbruch in der arabischen Welt – Situation in Libyen
4. Im Blickpunkt

1. Die Lage in Japan nach dem Erdbeben und dem Tsunami

Am vergangenen Freitag hat ein verheerendes Erdbeben der Stärke 9,0 Japan heimgesucht. Auch Tage danach kennen wir noch nicht das gesamte Ausmaß dieser Katastrophe. Viele Regionen sind immer noch nicht zugänglich. Zu befürchten ist, dass Zehntausende den Tod gefunden haben. Das Beben und der anschließende Tsunami haben eine nie dagewesene Schneise der Zerstörung in eine der am dichtesten besiedelten und am höchsten entwickelten industrialisierten Regionen weltweit geschlagen. Dörfer, ganze Städte, Infrastruktur und Industrie wurden fortgespült. Die Schäden scheinen unermesslich. Die Hilfskräfte stehen vor kaum zu überwindbaren Herausforderungen. Notunterkünfte sind überfüllt. Lebensmittel, Medizin und Strom fehlen. Hinzu kommen starke Nachbeben sowie eisige Temperaturen und Schnee. Zu alledem kommt die Angst vor der radioaktiven Strahlung.

In diesem Moment braucht Japan Anteilnahme und Hilfe. Unsere vordringliche Aufgabe ist es jetzt, dabei zu helfen, so viele Menschenleben wie möglich zu retten und die unmittelbaren Folgen der Katastrophe einzudämmen. Aus der ganzen Welt sind Hilfsorganisationen vor Ort, auch das Technische Hilfswerk aus Deutschland. Das japanische Volk wird unsere breite Unterstützung brauchen, nicht nur kurzfristig, sondern auch beim Wiederaufbau in den kommenden Wochen und Monaten.

2. Atomunfall in Japan und das Ende der Atomkraft in Deutschland

Wie kam es zu dem Unfall in Fukushima I?

Das Kernkraftwerk Fukushima I ist eines der größten Kernkraftwerke in Japan und liegt etwa 250 km nördlich von Tokio, unmittelbar am Meer. Es ist das älteste Kernkraftwerk des Energieversorgungsunternehmens TEPCO und verfügt über sechs Reaktoren. Am 11. März 2011 wurde das Kraftwerk infolge des schweren Erdbebens automatisch abgeschaltet. Zu diesem Zeitpunkt waren die Blöcke 1, 2 und 3 in Betrieb und die Blöcke 4, 5 und 6 waren auf Grund von Wartungsarbeiten heruntergefahren. TEPCO berichtete, dass die Notstromdieselaggregate starteten, jedoch nach einer Stunde infolge des Tsunami stoppten, so dass für die Blöcke 1, 2 und 3 (und – wie sich vier Tage später ergab – anscheinend auch für Block 4, 5 und 6) keine ausreichende Kühlung mehr gewährleistet war, um die restliche Wärme abzuführen. Explosionen beschädigten die Reaktorgebäude der Reaktoren 1, 2 und 3. Im Reaktorgebäude 4 brach ein Brand aus.

Wovon geht derzeit die größte Gefahr aus?

Der größte anzunehmende Unfall eines Atomkraftwerkes, der GAU, ist eine Kernschmelze. Dabei kommt es zu folgendem Szenario:

- Die Brennstäbe erhitzen sich so sehr, dass sie zerlaufen. Die Brennstäbe liefern eigentlich die Atomenergie, sie enthalten Uran und Plutonium, deren radioaktiver Zerfall Energie erzeugt.
- Bei einer Kernschmelze sinkt die geschmolzene Masse zu Boden. Sie kann sich durch die Betonwände des Reaktors fressen.
- Damit würde die Radioaktivität ungebremst in die Umwelt gelangen.

Aktuell ist die Lage im Kernkraftwerk Fukushima I unübersichtlich. Laut Berichten liegen in einigen Reaktoren die Brennstäbe frei. In anderen soll es bereits teilweise zur Kernschmelze gekommen sein. Die japanischen Arbeiter vor Ort versuchen alles mögliche, trotz des Risikos für ihre eigene Gesundheit, das schlimmste abzuwenden.

Ist Deutschland gefährdet?

In Deutschland wird es laut dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) keine Gefahr durch erhöhte Strahlung geben. Die aus Japan kommende Radioaktivität werde äußerst gering sein, sagte BfS-Präsident Wolfram König in Freiburg. „Selbst im schlimmsten Szenario werden wir in Deutschland nach derzeitigem Stand keine Werte erreichen, die auch nur annähernd bedenklich sind.“ Er könne für Deutschland Entwarnung geben. Auch die Weltgesundheitsorganisation meldete am Mittwoch, dass es keine Gefahr für eine weltweite Verstrahlung gebe.

Zur politischen Debatte

Der Name Fukushima, der 11. März 2011, ist eine Zäsur. Die Frage nach der Verantwortbarkeit der Kernenergie ist beantwortet. Das Aus für die Atomkraft ist unausweichlich. Im Jahr 2000 hat die SPD gemeinsam mit den Grünen den Atomausstieg durchgesetzt und damit den Weg für eine sichere und zukunftsfähige Energiepolitik eröffnet. Schwarz-Gelb dagegen hat mit der Laufzeitverlängerung von 2010 viel Vertrauen zerstört, Rechts- und Planungssicherheit untergraben und der Entwicklung der Erneuerbaren Energien schwer geschadet. Im Vorfeld der Laufzeitverlängerungen haben viele Experten, auch im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages, vor den Risiken und der mangelnden Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke gewarnt. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat damals alle Hinweise auf Gefahren im Betrieb weg gewischt. Das Protokoll einer Anhörung im Umweltausschuss vom 21. Oktober 2010 in der die Experten eindringlich vor den Gefahren gewarnt haben, finden Sie unter <http://is.gd/5hJFuX>

Am Montag verkündete Angela Merkel nun ein „Moratorium“. Merkel sagte, sie wolle das Gesetz zur Laufzeitverlängerung nicht anwenden, sie wolle es „aussetzen“ – „für drei Monate“. Weder sie noch Vizekanzler Westerwelle konnten erklären, was das genau bedeutet. An der Sicherheitslage der deutschen Kernanlagen hat sich nichts geändert, seit Merkel die Laufzeitverlängerung durchsetzte. Und die sieben Atomkraftwerke, die jetzt abgeschaltet werden, sollen sie nach drei Monaten wieder in Betrieb genommen werden? Wie glaubwürdig kann das sein? Trotz der ernsten Lage muss man erkennen, dass die Handlungen der Bundesregierung von den anstehenden Landtagswahlen bestimmt werden. Am Donnerstag hat die Kanzlerin eine Regierungserklärung zu den Folgen der japanischen Atomkatastrophe abgegeben. Sie hatte die Chance, deutlich zu machen, dass sie für eine endgültige Abkehr von der Atomenergie ist. Diese hat sie vertan und sich stattdessen zur weiteren Nutzung der Atomenergie als sogenannte „Brückentechnologie“ bekannt.

Die SPD-Bundestagfraktion hat drei klare Forderungen im Bundestag zur Abstimmung gestellt:

1. Die Bundesregierung muss unverzüglich ein Gesetz vorlegen, mit dem die Laufzeitverlängerung aufgehoben und der Ausstiegsbeschluss wieder hergestellt wird. Wenn man ein Gesetz nicht mehr anwenden will, muss man ein neues beschließen. Alles andere ist eine Täuschung der Öffentlichkeit und ein Verstoß gegen die Verfassung.
2. Die veralteten und unsicheren Atomkraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel und Neckarwestheim I sind abzuschalten. Die Anlagen Isar I, Krümmel, Philippsburg 1 und Unterweser sind stillzulegen. Atomkraftwerke, die jetzt vom Netz gehen, dürfen nicht wieder angefahren werden.
3. Das neue und strengere kerntechnische Regelwerk des Jahres 2009 ist sofort in Kraft zu setzen. Der neueste Stand von Wissenschaft und Technik muss zur rechtlichen Voraussetzung werden, deutsche Atomkraftwerke zu betreiben. Bei den

erforderlichen Sicherheitsnchrüstungen darf es keine politischen Rabatte mehr geben.

Die Regierungskoalition hat diese Forderungen abgelehnt und damit leider bewiesen, dass sie nicht für ein endgültiges Aus der Atomenergie in Deutschland ist.

Den Entschließungsantrag der SPD-Bundestagfraktion finden Sie unter:

<http://is.gd/0nEjUr>

Meine Position zur Atomenergie habe ich bereits am 8. Juli 2010 im Bundestag verdeutlicht. Sie finden diese Rede unter:

<http://www.oliver-kaczmarek.de/wp-content/uploads/Zur-Brennelementesteuer.pdf>

Möglichkeiten zum Protest gegen die Atomkraft

Konferenz: Tschernobyl mahnt

Am 13. April, um 13 Uhr in Berlin

Niemand konnte ahnen, dass der Jahrestag von Tschernobyl auf so tragische Art von aktuellen Ereignissen eingeholt würde. Am 13. April wird es eine Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit Vertreterinnen und Vertretern von bürgerschaftlichen Initiativen geben, die seit Jahren versuchen, die Leiden der Opfer durch Spenden und Hilfsaktionen zu mildern.

Informationen und Anmeldung unter:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55886,00.html

„25 Jahre nach Tschernobyl – Menschen – Orte – Solidarität“

Wanderausstellung vom 30. April bis zum 6. Mai in Kamen

Das IBB - das internationale Bildungs- und Begegnungswerk - hat eine Wanderausstellung konzipiert, die an die Katastrophe erinnert. Gemeinsam mit Schirmherr und Bürgermeister Herman Hupe, der Evangelischen und Katholischen Kirche im Kreis Unna, der DGB-Jugend Dortmund-Hellweg und dem Stadtverband Kamen der Arbeiterwohlfahrt hole ich diese Ausstellung auch nach Kamen. Am 30. April wird um 17 Uhr die Ausstellung im SportCentrum Kamen-Kaiserau eröffnet.

Mahnwachen und Großdemonstrationen

Darüber hinaus finden bundesweit Mahnwachen und Demonstrationen statt. Die nächsten bundesweiten Mahnwachen werden am kommenden Montag, den 21. März durchgeführt. Für den 26. März sind Großdemonstrationen in ausgewählten Großstädten geplant. Weitere Informationen und eine Übersicht der Städte und Orte finden Sie unter:

<http://www.ausgestrahlt.de>

3. Umbruch in der arabischen Welt – Situation in Libyen

Die arabische Welt ist in Bewegung geraten. In vielen Staaten Nordafrikas und der arabischen Halbinsel begehren die Menschen auf und erheben ihre Stimme gegen Armut und Unterdrückung, für mehr Wohlstand, Mitsprache und Demokratie. Dieser epochale Wandel verdient Europas volle Unterstützung. Die Entwicklung in der arabischen Welt birgt für Europa große Chancen und Risiken. Es liegt im ureigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse der EU, den Menschen in der Mittelmeerregion die Hand zu reichen. Die Entschlossenheit der EU wird mit darüber entscheiden, ob es gelingt, die Chancen des Aufbruches zu nutzen oder ob enttäuschte Hoffnungen von Millionen junger Menschen in Extremismus, Instabilität und massenhafte Flucht umschlagen.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht mit Sorge, dass die EU in dieser entscheidenden Stunde die notwendige Entschlossenheit vermissen lässt. Europa und die Bundesregierung müssen jetzt umdenken. Wir brauchen einen strategischen Ansatz, der darauf zielt, die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll, schnell und über einen längeren Zeitraum hinweg zu unterstützen: einen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert unter anderem:

- ein klares Signal, dass Europa die Dimension der Entwicklung in der arabischen Welt erkennt und die politische Konsequenz daraus zieht: eine umfassende, gesamteuropäische Förderung von Demokratisierung und Modernisierung in der Mittelmeerregion;
- Die Förderung der Reform staatlicher Strukturen in der arabischen Welt muss erheblich intensiviert werden. Das betrifft Verfassungsrevisionen, Reformen des Wahlrechts, des Polizei- und Justizwesens und die Durchführung von Wahlen.
- Die junge Generation in der arabischen Welt will eine gute Zukunftsperspektive. Die EU muss dabei helfen mit einer viel engeren Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft, angefangen mit konkreten Angeboten für den akademischen Austausch.
- Im Zentrum aller Anstrengungen muss der Wirtschaftsaufbau stehen. Unabdingbar hierfür ist ein regionaler Entwicklungsfonds, der so ausgestattet wird, dass er seiner Aufgabe gerecht werden kann. Die bislang vorgesehenen Mittel für die Europäische Nachbarschaftspolitik reichen dafür nicht aus. Die Vergabe der Mittel muss nach strategischen Prioritäten erfolgen. Künftig wird mehr Geld dort eingesetzt, wo mehr für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft geleistet wird.

Die Bundesregierung muss ihre guten Beziehungen zur Regierung Israels nutzen, um bilateral und im Nahost-Quartett eine Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen Israel und Palästina zu erreichen. Deutschland sollte gemeinsam mit anderen Ländern Europas und mit der EU aktiv werden, damit die Demokratisierung der arabischen Welt zu einer Chance auch für die Lösung des Nahost-Konflikts wird.

Den Marshall-Plan von Frank-Walter Steinmeier und Günter Gloser finden Sie unter:
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14239,00.pdf

4. Im Blickpunkt

Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen

Deutschland hat sich 1997 mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags zur Einhaltung des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit für Frauen und Männer verpflichtet. Trotz dieses Diskriminierungsverbots ist der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern seit den 90er Jahren angestiegen und liegt nun bei 23 Prozent. Daher fordern wir die Regierung in unserem Antrag dazu auf, einen Gesetzentwurf für die Durchsetzung der Entgeltgleichheit vorzulegen. Die Rechte von Betriebs- und Personalräten oder im Betrieb vertretenen Gewerkschaften sowie die Individualrechte der Beschäftigten, selbständig gegen Entgeltdiskriminierung vorzugehen, sollen dadurch nicht eingeschränkt werden. Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft bringen uns aber nicht weiter. Deshalb müssen Unternehmen dazu verpflichtet werden, Entgeltstrukturen im Betrieb in Bezug auf geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen und einer behördlichen Stelle darüber Bericht zu erstatten.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/050/1705038.pdf>

Bessere Qualität und mehr Transparenz in der Pflege

Mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz hat die große Koalition 2008 die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass die von den Pflegeeinrichtungen erbrachten Leistungen und deren Qualität für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen verständlich, übersichtlich und vergleichbar veröffentlicht werden - ein Meilenstein für den Verbraucherschutz in der Pflege. Seit Mitte 2009 führen die Krankenkassen Prüfungen durch und veröffentlichen die Ergebnisse im Internet. Die Grundlage dafür bilden die Pflege-Transparenzvereinbarungen der Vertragspartner: Der Spitzenverband Bund der Pflegekassen, die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und die Vereinigungen der Träger der Pflegeeinrichtungen auf Bundesebene. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass die Vereinbarungen in einigen wichtigen Punkten nachgebessert werden müssen. Dies betrifft das lückenhafte zufallsgesteuerte Verfahren für die Stichprobenziehung, den zu erweiternden Kriterienkatalog sowie das unausgewogene Bewertungssystem. Wir fordern die Regierung in unserem Antrag dazu auf, auf die Vertragspartner einzuwirken, damit die Pflege-Transparenzvereinbarungen dementsprechend überarbeitet und verbessert werden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701427.pdf>

Stillstand in der Verkehrspolitik überwinden

Der Erhalt und Ausbau der Verkehrswege in Deutschland unter Berücksichtigung sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte ist eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge des Staates. Das von der Bundesregierung im Bundeshaushalt 2011 und der mittelfristigen Bundesfinanzplanung veranschlagte Investitionsvolumen wird allerdings nicht ausreichen, um das bestehende Niveau des deutschen Verkehrsnetzes zu erhalten und an den wachsenden Bedarf der Verkehrsentwicklung anzupassen. Wir haben die Regierung bereits im Februar 2010 aufgefordert, ein neues Konzept zu entwickeln und auch der Verkehrsausschuss hat dazu einen Antrag eingebracht. Dieser Beschluss muss noch diese Legislaturperiode umgesetzt werden. Wir fordern die Regierung in unserem Antrag dazu auf, unter Beteiligung aller wichtigen gesellschaftlichen Kräfte ein Leitbild „Mobilität des 21. Jahrhunderts“ zu entwickeln und eine Reformdebatte zur Verkehrsinfrastrukturpolitik zu initiieren.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/050/1705022.pdf>